

ufh-Pressemitteilung



Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

UnternehmerFrauen im Handwerk (UFH) fordern gleichwertige Finanzierung von beruflicher und akademischer Bildung

Berlin. Die berufliche Bildung muss endlich gleichwertig gefördert werden! Mit dieser Forderung eröffnete Heidi Kluth, Bundesvorsitzende der UnternehmerFrauen im Handwerk (UFH) das diesjährige Fachgespräch der UFH mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH). Rund 30 Unternehmerfrauen waren angereist, um sich über aktuelle handwerkspolitische Themen sowie die politische Stimmungslage im Bund zu informieren. ZDH-Geschäftsführer Karl-Sebastian Schulte und Dr. Volker Born, Leiter der Abteilung Berufliche Bildung, standen den Unternehmerinnen für ihre Fragen und Anliegen zur Verfügung.

Die große Koalition, so Schulte, wirke wie das Vorrunden-Aus bei der Fußball-WM. Es fehle an Leidenschaft und Mannschaftsgeist. Der Asyl-Streit habe die Politik gelähmt und wichtige Entscheidungen in anderen Bereichen verzögert. Die Forderung der UFH nach der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bekräftigt der ZDH ausdrücklich. Der einzige Bildungsbereich, so Dr. Born, für den der Bund zuständig ist, sei die berufliche Bildung. „Trotzdem werden Milliarden für eine kostenfreie akademische Bildung ausgegeben, aber nur einige Millionen für die Förderung der beruflichen Bildung“, so Schulte. Dieses Ungleichgewicht müsse ein Ende haben. Dazu gehöre auch die finanzielle Unterstützung der Auszubildenden z.B. bei deren Mobilität, in Form von Azubi-Tickets für den ÖPNV analog den bereits existierenden Studententickets.

Als sehr problematisch bewertet ZDH-Geschäftsführer Schulte die für 2020 geplante Mindest-Ausbildungsvergütung, die die Politik ab Herbst im Rahmen der Novelle des Berufsbildungsgesetzes auf den Weg bringen will. Starre Grenzen werden der Vielfalt in Regionen und Gewerken nicht gerecht. Es droht gerade in Kleinstbetrieben ein Rückgang der Ausbildungsbereitschaft. Die Handwerksorganisation warnt vor einer schleichenden Verstaatlichung des Ausbildungssystems und fordert, dass Tarifverträge Vorrang haben und bestehende Lehrverträge Gültigkeit behalten müssen.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema wird laut Dr. Born sein, die Qualität der Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen zu sichern. Fortbildungen müssten stärker vereinheitlicht werden, um Qualitätsstandards zu setzen.

In den letzten Jahren sind gravierende Verschiebungen im Schulsystem zu beobachten: „Das Gymnasium ist die neue Volksschule“, formuliert Dr. Born. Mit dem Berufsabitur müsse deshalb künftig die Ausbildung im Handwerk positiv und zukunftsorientiert besetzt werden. Es sei wichtig, die Botschaft zu senden, dass im Handwerk eine lebenslange Berufslaufbahn für jeden möglich ist, egal aus welcher Schulart man kommt.

Der Verband der UnternehmerFrauen im Handwerk (UFH) ist die bundesweite Vertretung aller Frauen in Führungspositionen des Handwerks. Rund 5.000 UFH sind in 14 Landesverbänden und über 150 regionalen Arbeitskreisen bundesweit vernetzt.

www.bv-ufh.de

Telefon: 030 / 20619-184/185
Telefax: 030 / 2061959185
E-Mail: bv-ufh.geschaeftsstelle@zdh.de
Internet: www.bv-ufh.de

Herausgeber:
Bundesverband Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

Bundesverband Unternehmerfrauen im Handwerk e.V.

Geschäftsstelle im Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße, 20/21, 10117 Berlin
Vorsitzende: **Heidi Kluth**
Ansprechpartnerin für die Presse: **Margit Niedermair**